

22. Dezember 1863.

N^o 292.

22. Grudnia 1863.

(2213) **K o n k u r s** (3)

der Gläubiger des Mendel und Wolf Wahl.

Nro. 10068. Von dem k. k. Kreisgerichte zu Przemyśl wird über das gesammte wo immer befindliche bewegliche, und über das in jenen Kronländern, in welchen das kais. Patent vom 20. November 1852 Gültigkeit hat, befindliche unbewegliche Vermögen der Przemyßler Schnittwaarenkrämer Mendel Wahl und Wolf Wahl der Konkurs eröffnet.

Wer an diese Konkursmasse eine Forderung stellen will, hat dieselbe mittelst einer Klage wider den Konkursmassenvertreter Herrn Dr. Kozłowski, für dessen Stellvertreter Herr Dr. Madejski ernannt wurde, bei diesem Kreisgerichte bis 31. Jänner 1864 anzumelden, und in der Klage nicht nur die Richtigkeit der Forderung, sondern auch das Recht, kraft dessen er in diese oder jene Klasse gesetzt zu werden verlangt, zu erweisen, widrigenfalls nach Verlauf des erstbestimmten Tages Niemand mehr gehört werden würde, und Jene, die ihre Forderung bis dahin nicht angemeldet hätten, in Rücksicht des gesammten zur Konkursmasse gehörigen Vermögens ohne alle Ausnahme auch dann abgewiesen sein sollen, wenn ihnen wirklich ein Kompensationsrecht gebührte, wenn sie ein eigenthümliches Gut aus der Masse zu fordern hätten, oder wenn ihre Forderung auf ein liegendes Gut sichergestellt wäre, so zwar, daß solche Gläubiger vielmehr, wenn sie etwa in die Masse schuldig sein sollten, die Schuld ungehindert des Kompensations-, Eigenthums- oder Pfandrechtes, das ihnen sonst gebührt hätte, zu berichtigen verhalten werden würden.

Zur Wahl des Vermögens-Verwalters und der Gläubiger-Ausschüsse wird die Tagsatzung auf den 16. Februar 1864 Vormittags 10 Uhr bei diesem Kreisgerichte anberaumt.

Vom k. k. Kreisgerichte.

Przemyśl, den 10. Dezember 1863.

(2238) **Konkurs-Verlautbarung.** (3)

Nro. 49879. Vom Lemberger k. k. Landesgerichte wird hiemit bekannt gemacht, daß bei demselben ein öffentlicher eidlich verpflichteter Dolmetsch aus der französischen und italienischen Sprache bestellt werden wird.

Die Bewerber um diese Dolmetscherstellen haben unter Nachweisung der nothwendigen Sprachkenntnisse und ihres sittlichen Wohlverhaltens binnen 4 Wochen vom Tage der dritten Einschaltung dieser Kundmachung in die Lemberger Zeitung ihre Gesuche hiergerichts zu überreichen.

Vom k. k. Landesgerichte.

Lemberg, am 7. Dezember 1863.

(2249) **E d i k t.** (1)

Nro. 15512. Das k. k. Kreisgericht in Stanislaw gibt dem Abraham Jäger kund, daß über Einschreiten des Dawid Lande auf Grund der Wechselbriefe ddo. Bielitz den 3. Jänner 1863 über 1800 fl. und ddo. Bielitz 3. Jänner 1863 über 1500 fl. die Pränotirung der Wechselsummen 1800 fl. und 1500 fl. öst. Währung im Lastenstande der dem Abraham Jäger gehörigen Antheile der sub Nro. 36 Stadt zu Stanislaw gelegenen Realität, mit Bescheid vom 27. April 1863 Zahl 3719 bewilligt wurde, welcher Bescheid dem unter Einem für den Abwesenden Abraham Jäger aufgestellten Kurators Herrn Landes-Advokaten Dr. Bardasch mit Substituierung des Herrn Landes-Advokaten Dr. Berson zugestellt wird.

Stanislaw, am 30. November 1863.

(2240) **E d i k t.** (3)

Nro. 8285. Vom k. k. Kreisgerichte in Tarnopol wird den dem Namen und dem Wohnorte nach unbekanntem Erben des Leopold Grafen Koziembrodzki mittelst dieses Ediktes bekannt gegeben, daß dieselben auf deren Gefahr und Kosten Behufs Verständigung von dem Erlage der Summe von 3590 fl. 78¹/₂ kr. öst. W., welchen Erlag Herr Eugen Brodzki zur Befriedigung der diesen Erben im Grunde Bescheides des k. k. Kreisgerichtes in Stanislaw vom 28. Dezember 1857 Zahl 11608 aus der Kridamasse der Brigitta Drohojewska anrepartirten „Theilsumme von 2973 fl. 44¹/₂ kr. RM. aus der größeren zu Gunsten dieser Kridamasse über den Gütern Borki male, Tarnopoler Kreises, hypothezirten Summe von 14050 fl. 33 kr. RM. gemacht hat, der Herr Advokat Dr. Kozmiński mit Substituierung des Herrn Advokaten Dr. Delinowski zum Kurator bestellt, und demselben die Verständigung von diesem Erlage zugestellt wurde.

Tarnopol, am 30. November 1863.

(2241) **E d i k t.** (3)

Nro. 52076. Vom k. k. Landes- als Handelsgerichte wird dem Herrn Josef Witoslawski mittelst gegenwärtigen Ediktes bekannt ge-

macht, es habe Dawid Leib Kronstein wider denselben und Frau Felizia Wasilewska um Erlassung der Zahlungsaufgabe über die Wechselsumme von 3600 fl. öst. Währ. ein Gesuch angebracht und um richterliche Hilfe gebeten, worüber mit Bescheid vom 10. Dezember 1863 Z. 52076 ein Zahlungsauftrag erlassen wurde.

Da der Aufenthaltsort des belangten Josef Witoslawski unbekannt ist, so hat das k. k. Landes- als Handelsgericht zu seiner Vertretung und auf seine Gefahr und Kosten den hiesigen Landes-Advokaten Dr. Natkis mit Substituierung des Landesadvokaten Dr. Rechen als Kurator bestellt, mit welchem die angebrachte Rechtsache nach der Wechselordnung verhandelt werden wird.

Durch dieses Edikt wird demnach der Belangte erinnert, zur rechten Zeit entweder selbst zu erscheinen, oder die erforderlichen Rechtsbehelfe dem bestellten Vertreter mitzutheilen, oder auch einen andern Sachwalter zu wählen, und diesem k. k. Landes- als Handelsgerichte anzuzeigen, überhaupt die zur Vertheidigung dienlichen vorschriftsmäßigen Rechtsmittel zu ergreifen, indem er sich die aus deren Verabsäumung entstehenden Folgen selbst beizumessen haben wird.

Vom k. k. Landes- als Handelsgerichte.

Lemberg, den 10. Dezember 1863.

(2257) **Lizitations-Kundmachung.** (2)

Nro. 3256. Wegen Lieferung der für das Jahr 1864 erforderlichen

6000 W. Ellen ⁷/₈ breiten Packleinwand,
50 Pfund halbgereinigter 40-grädigen Naphtha,
200 " gezogener Unschlittkerzen à 18 St. auf 1 Pfd.
100 " gegossener Unschlittkerzen à 8 St. auf 1 Pfd.

wird am 28. Dezember 1863 beim k. k. Finanz-Landes-Direktions-Dekonomie eine Lizitation mittelst schriftlicher Offerten abgehalten werden.

Lieferungsunternehmer können daselbst die Bedingungen einsehen, und die mit Badium für die Lieferung von Packleinwand pr. 60 fl., der Naphtha pr. 1 fl. und der Unschlittkerzen pr. 10 fl. belegten Offerten am Lizitationstage bis 12 Uhr Mittags überreichen.

Lemberg, am 18. Dezember 1863.

(2216) **Konkurs-Kundmachung.** (3)

Nr. 38055. Zu besetzen ist im Bereiche der k. k. Finanz-Landes-Direktion für Ostgalizien eine Steuer-Unterspektorsstelle mit dem Jahresgehälte von 735 fl. eventuell 630 fl. und der IX. Diätenklasse.

Gesuche sind binnen drei Wochen bei der k. k. Finanz-Landes-Direktion in Lemberg einzubringen. Auf disponible Beamte, welche die Eignung besitzen, wird vorzugsweise Bedacht genommen werden.

Lemberg, den 29. November 1863.

(2268) **Lizitations-Aukündigung.** (2)

Nr. 23114. Es wird hiemit zur allgemeinen Kenntniß gebracht, daß bei dem Kameral-Wirthschaftsamt in Solka zur Verpachtung des der gr. n. un. Religionsherrschafft Solka zustehenden Biererzeugungs- und Bier-, Wein- und Branntwein-Ausshankrechtes in der zu dieser Fondsherrschafft gehörigen I. Sekzion auf drei nach einander folgende Jahre, d. i. vom 1. Mai 1864 bis dahin 1867 am 4. Jänner 1864 die zweite, und falls solche ungünstig ausfallen sollte, am 19. Jänner 1864 die dritte öffentliche Lizitation abgehalten werden wird.

In dieser Sekzion sind begriffen:

Das Bräuhaus in Solka mit dem Biererzeugungs- und Ausshankrechte in allen zur Domaine Solka gehörigen Ortschaften, dann das Ausshankrecht von Wein und Branntwein in den Ortschaften Solka, Glitt und Pojeni.

Der Ausrufspreis des einjährigen Pachtzinses für diese Sekzion beträgt 6482 fl. 6 kr. öst. W.

Lizitationslustige haben ein Badium von 10% des bezüglichen Ausrufspreises beizubringen.

Es werden auch schriftliche versiegelte Offerten angenommen. — Diese müssen mit einer Stempelmarke von 50 kr. versehen, mit dem entsprechenden Badium belegt und rechtsgiltig ausgefertigt sein, sie müssen ferner den Anboth nicht nur in Ziffern, sondern auch mit Buchstaben ausgedrückt, dann die Versicherung enthalten, daß dem Offerten die Lizitationsbedingungen genau bekannt sind, und dürfen überhaupt nichts enthalten, was mit den Lizitationsbedingungen nicht im Einklange wäre.

Diese Offerten sind an den Lizitationstagen längstens bis 10 Uhr Vormittags der Lizitations-Kommission in Solka zu überreichen.

Die übrigen Lizitationsbedingungen können bei dem Solkaer k. k. Kameral-Wirthschaftsamt eingesehen werden.

Von der k. k. Finanz-Bezirks-Direktion.

Czeruowitz, den 1. Dezember 1863.

Rundmachung.

Nro. 564. Das k. k. Kriegs-Ministerium hat zur Sicherstellung der nächstjährigen Erfordernisse an Fußbekleidungen für die Armee, die Offertverhandlung unter nachstehenden Bedingungen angeordnet:

1) Die Lieferungsperiode hat den 3jährigen Zeitraum, das ist: vom 1. Jänner 1864 bis Ende Dezember 1866 zu umfassen, wobei jedes Jahr für sich ein Kontraktjahr bildet, und die Lieferung in der Art zu geschehen hat, daß das für jedes Kontraktjahr in Bestellung gebrachte Fußbekleidungsquantum in vier gleichen Raten, welche vom Offerten beantragt werden können, pünktlich eingeliefert, mithin Ende jeden Jahres das auf dieses Jahr entfallende Lieferungsquantum vollständig übergeben sein muß.

2) Die zu liefernden Artikel sind: Schuhe, Halbstiefel, Husaren-Gizmen, dann hohe Stiefel für die ehemaligen Freiwilligen-Uhlanen- und Gizmen für die ehemaligen Freiwilligen-Husarenregimenter und Gizosen-Gizmen nach den festgesetzten Größengattungen, namentlich 8 Gattungen bei den Schuhen und 2 Gattungen bei den übrigen Sorten.

3) Das Prozentenverhältniß, nach welchem die in Punkt 2 bezeichneten verschiedenen Größengattungen der Fußbekleidungen bei den kontraktmäßig zugewiesenen Lieferungen in Abstattung zu bringen sind, wird nachstehend beziffert:

Auf 100 Paar Schuhe sind zu liefern:

1	Paar	1ter	Größengattung,
4	Paare	2ter	detto
12	"	3ter	detto
18	"	4ter	detto
20	"	5ter	detto
24	"	6ter	detto
15	"	7ter	detto
6	"	8ter	detto

Bei den Halbstiefeln, Husaren-Gizmen, hohen Stiefeln für ehemalige Freiwillige-Uhlanen, bei den Gizmen für ehemalige Freiwillige-Husaren und bei den Gizosen-Gizmen sind auf 100 Paare.

30 Paare der 1ten Größengattung, und
70 " der 2ten " " " zu liefern.

4) Sollten während eines Kontraktjahres Aenderungen in der Form und Konstruktion der Fußbekleidungen beabsichtigt werden, so erklärt sich das k. k. Militär-Merar verbindlich, dieselben dem Kontrahenten drei Monate in Vorhinein bekannt zu geben, und den bereits vorgearbeiteten, amtlich erhobenen und qualitätmäßig befundenen Vorrath zu übernehmen.

5) Von dem jährlich in Bestellung zu bringenden Gesamtquantum an Fußbekleidungen ist der dritte Theil, oder auf Verlangen des Kriegs-Ministeriums auch mehr in komplet im Materiale zugeschnittenen, der Ueberrest in vollkommen fertigen Zustande zu liefern, und es bleibt ferner auch dem Kriegs-Ministerium unbenommen, von der jährlich zugewiesenen Lieferung des zweiten und dritten Kontraktjahres je ein beliebiges Quantum lediglich in ein oder der anderen Größengattung zur Einlieferung verlangen zu können, ohne daß hierdurch für den Ueberrest der Lieferung in dem Punkt 3 festgesetzten Prozentenverhältnisse der Größengattungen eine Aenderung einzutreten hätte.

6) Die Besohlung der Fußbekleidungen hat aus dem bisher hiezu verwendeten, in Knoppem gegärbten Pfundsohlenleder zu bestehen, doch wird auch die Lieferung von Fußbekleidungen mit Sohlen, aus mit Knoppem und Sichenlohe gegärbten, sogenannten deutschen Sohlenleder erzeugt, zugelassen.

7) Hat der Offertent in seinem Offerte ausdrücklich das Minimum des offerirenden jährlichen Gesamtlieferungsquantum an Fußbekleidungen, welches nicht geringer als 40000 Paare sein darf, in allgemeiner Bezifferung der Anzahl Paare auszusprechen, gleichzeitig aber auch jenes Quantum anzugeben, welches er als jährliches Maximum zu liefern sich verbindlich erklärt. Weiters ist in dem Offerte für das 1te Kontraktjahr ziffermäßig anzugeben, welche Anzahl und Gattung von Fußbekleidungen mit Sohlen aus Pfundsohlenleder, und welche Anzahl und Gattung mit Sohlen aus deutschen Sohlenleder erzeugt, sowohl unter dem als Minimum, als unter dem als Maximum angebotenen Lieferungsquantum enthalten, und als Lieferung offerirt werden, ferner bei jeder Gattung dieser Fußbekleidungen, mit Bezug auf den Punkt 5, auch für die zugeschnittenen Sorten pr. Paar der Lieferpreis mit Ziffer und Buchstaben anzusetzen, und die Monturs-Kommission zu benennen, zu welcher der Offertent die angebotene Lieferung abstatten will.

8) Ist der Kontrahent gehalten die Erzeugung der Fußbekleidungen in eigenen, unter seiner unmittelbaren Beaufsichtigung stehenden Fabrikslokalitäten bewirken zu lassen, und ist es dem Kriegs-Ministerium freigestellt nach seinem Ermessen durch Einsichtnahme in diesen Geschäftsbetrieb sich von der Erfüllung dieser Bedingung zu überzeugen, daher bei Ausfertigung des Vertrages diese Lokalitäten dem Kriegsministerium zu bezeichnen sind.

9) Vor Ablauf des 1. Kontraktjahres und eben so vor Ablauf des 2. Kontraktjahres wird von dem Kontrahenten die Erklärung abverlangt, welche Preise er für das nach Punkt 7 offerirte Lieferungsquantum in dem nächsten Vertragsjahre beansprucht.

Sollten diese Preise dem Kriegs-Ministerium nicht annehmbar erscheinen, so haben die unter nachfolgenden Grundsätzen berechneten Lieferpreise zu gelten.

Als Basis zu dieser Berechnung des Lieferpreises wird:

- a) die Beföstigung des zur Erzeugung der Fußbekleidungen erforderlichen Ledermaterials, und
- b) der für die Anfertigung der Fußbekleidungen gebührliche Arbeitslohn angenommen.

Nachdem von denselben Lederorten, welche zur Erzeugung der Fußbekleidungen erforderlich sind, auch Anschaffungen im Materiale bei den Monturs-Kommissionen stattfinden, so wird der Durchschnittspreis von jenen Preisen, welche vom Merar für das laufende Kontraktjahr bei sämtlichen Monturs-Kommissionen für das im Materiale angeschaffte Ober-Pfund-, dann deutsches Sohlen- und Brandsohlenleder bezahlt wurden, als der Beföstigungspreis jenes Ober-Pfund-, dann deutschen Sohlen- und Brandsohlenledermaterials angenommen, welches der Kontrahent zur Erzeugung der von ihm zu liefernden Fußbekleidungen verwenden wird, und auf Basis dieses Ledermaterial-Beföstigungspreises, sodann nach den bei den Monturs-Kommissionen bestehenden, dem Kontrahenten wohl bekannten Material-Dividenden, die Beföstigung jenes Ledermaterialquantums berechnet, welches zu je ein Paar der verschiedenen Fußbekleidungen erforderlich ist.

Zur Ermittlung des Arbeitslohnes wird der für die Erzeugung von Militärfußbekleidungen in den verschiedenen Kronländern entfallende Zivilmacherlohn, in welchem das Mittelgeld und der Schnittlohn einbezogen sind, im Wege der bestehenden Handels- und Gewerbekammern erhoben, und der nach den einzelnen Kronländern berechnete Durchschnittspreis hievon als Beföstigung des gebührlichen Arbeitslohnes für das betreffende Kronland angenommen.

Diese ermittelten Beföstigungspreise bilden sodann zusammen den Gestehungspreis, das ist den Betrag des Lieferpreises, welcher für je ein Paar der verschiedenen fertigen Fußbekleidungen festgesetzt wird, und für das betreffende Kontraktjahr wirksam zu sein hat.

Für die komplet im Materiale zugeschnittenen Fußbekleidungen wird der ad a) für das Ledermaterial berechnete Beföstigungspreis, unter Zugählung des bei den Monturs-Kommissionen bestehenden Schnittlohnes, als Lieferpreis angenommen.

Der für das einzelne Kontraktjahr festgesetzte Lieferungspreis wird durch die im Laufe dieses Jahres etwa eintretenden Fluktationen der Kommerzialspreise nicht beeinflusst.

10) Das Militär-Merar verpflichtet sich in jedem der 3 Kontraktjahre von dem Erstehet mindestens jenes Lieferquantum abzunehmen, welches von dem Kriegs-Ministerium im Punkt 7 als Minimum angelegt ist, und behält sich vor, den Mehrbedarf bis zur Höhe des offerirten Maximum im Laufe eines jeden Kontraktjahres in Bestellung zu bringen.

Jede für das 2. und 3. Kontraktjahr zugewiesene Lieferung wird mittelst Addizional-Klausel in den auf Grund des genehmigten Offertes ausgefertigten Vertrag aufgenommen, und hiebei nach der Höhe der erfolgten Lieferungs-Zuweisung die Kontraktkaufung richtig zu stellen sein.

11) Von jedem Offertenten muß mit seinem Offerte ein Zertifikat beigebracht werden, durch welches er von einer Handels- und Gewerbekammer, oder dort, wo eine solche nicht besteht, von der hiezu berufenen Behörde befähigt erklärt wird, die zur Lieferung angebotene Menge in den bestimmten Terminen verlässlich abstellen zu können.

Diese den Offertenten nur versiegelt zu übergebenden und versiegelt zu belassenden Zertifikate, in welchen das etwa eingetretene Vergleichsverfahren angedeutet werden muß, sind stempelfrei.

Für die Zuhaltung des Offertes ist ein Badium mit 5% des Lieferungswerthes, welcher für das als Minimum angebotene jährliche Lieferungsquantum nach den geforderten Preisen entfällt, entweder an eine Monturs-Kommission oder an eine der bestehenden Kriegskassen mit Ausnahme der Wiener zu erlegen, und der darüber erhaltene Depositenchein abgefordert von dem Lieferungs-Offerte unter einem eigenen Kuverte einzusenden, da das Offerte bis zur kommissionellen Eröffnung an einem bestimmten Tage versiegelt liegen bleibt, während das Badium sogleich der einstweiligen Amtshandlung unterzogen werden muß.

In jedem Offerte ist übrigens genau ersichtlich zu machen, daß das erlegte Badium wirklich 5% des angebotenen Lieferungswerthes beträgt, daher in dem Offerte der für das Minimum entfallende Gesamtlieferungswerth, so wie das davon mit 5% berechnete Badium bestimmt ausgedrückt sein muß. Offerte, welchen das entfallende Badium nicht vollständig beigebracht ist, werden unberücksichtigt gelassen.

13) Die Badien können entweder in baarem Gelde oder in Realhypotheken oder in österreichischen Staatsschuldverschreibungen erlegt werden, welche letztere nach dem Börsenkurse des Erlagstages, in so fern sie jedoch mit einer Verlosung verbunden sind, keinesfalls über den Rennwerth angenommen werden. Pfandbestellungs- und Bürgschafts-Urkunden können nur dann als Badien angenommen werden, wenn dieselben durch Einverleibung auf ein unbewegliches Gut geseglich sichergestellt, und mit der Bestätigung der betreffenden Finanzprokurator bezüglich ihrer Annehmbarkeit versehen sind. Wechsel werden nicht angenommen.

Die als Badium erlegte Summe ist in dem Offerte stets mit dem entfallenden Betrage in österreichischer Währung auszudrücken.

14) In dem Offerte, welches mit dem gesetzlichen Stempel von 50 Kreuzer versehen, und von dem Offertenten unter Angabe seines Charakters und Wohnortes eigenhändig gefertigt sein muß, hat sich derselbe ausdrücklich den in dem Blatte der betreffenden Zeitung (deren Benennung, Nummer und Datum anzugeben ist) abgedruckten

oder bei einer Monturs-Kommission eingesehen, und zum Beweise dessen von ihm unterschriebenen und gesiegelten Bedingungen vollinhaltlich zu unterwerfen.

Die Form, in welcher die Offerte zu verfassen sind, zeigt der Anschluß.

15) Wenn ein Offert von mehreren Unternehmern gemeinschaftlich überreicht wird, so haben sie in demselben ausdrücklich zu erklären, daß sie sich dem k. k. Militär-Merar für die genaue Erfüllung der Lieferungsbedingungen in solidum, das heißt: Einer für Alle und Alle für Einen verbinden, zugleich aber haben sie Einen aus ihnen, oder einen Dritten namhaft zu machen, an welchen alle Aufträge und Bestellungen von Seite der Militärbehörde ergehen, mit welchem alle auf das Lieferungsgeschäft bezüglichen Verhandlungen zu pflegen sein werden, der die im Vertrage bedungenen Zahlungen im Namen aller gemeinschaftlichen Offerenten zu beheben, und hiemit zu quittiren hat, kurz der in allen auf das Lieferungsgeschäft Bezug nehmenden Angelegenheiten als Bevollmächtigter der die Lieferung in Gesellschaft unternehmenden Mitglieder in so lange anzusehen ist, bis nicht dieselben einstimmig einen andern Bevollmächtigten mit gleichen Befugnissen ernannt, und denselben mit einer von allen Gesellschaftsgliedern gefertigten Erklärung der mit der Ueberwachung der Kontrakterfüllung beauftragten Behörde namhaft gemacht haben.

16) Wie das Offerts-Formulare zu entnehmen gibt, und in den vorliegenden Bestimmungen ausgesprochen ist, zerfallen die sicherzustellenden verschiedenen Fußbekleidungen in fertige und zugeschnittene Sorten nach verschiedenen Größengattungen.

Bei den fertig, so wie zugeschnitten zu liefernden Fußbekleidungsarten muß das Ledermateriale von derselben Qualität, welche vom Ober-Pfund-, dann deutschen Sohlen- und Brandsohlenleder, bei dessen Einlieferung im Materiale verlangt wird, daher vollkommen mustermäßig sein.

Die Erzeugung der Fußbekleidungen muß den Probemustern vollkommen gleich bewirkt sein.

Der Offerent hat daher in dieser Beziehung nebst den Original-Probemustern auch die bezüglichen Material-Dividenden und Konfektionsbeschreibungen, so wie die sonst speziell auf die Qualität des Materials und auf die Konfektion Bezug nehmenden Vorschriften bei den Monturs-Kommissionen einzusehen, und die bewirkte Einsicht durch seine Unterschrift zu bestätigen, wobei es ihm auch freigestellt wird, die betreffenden Muster gegen Baarzahlung der dafür entfallenden Kosten mit Regiespesen anzukaufen, und sich von den Zuschneidepatronen Abschnitte zu nehmen.

Die wirklichen Lieferungskorrekturen sind gehalten, von den Monturs-Kommissionen jedenfalls in ein Stück der bezüglichen Muster der 8 Größengattungen, so wie der Zuschneidepatronen, dann Leisten, Walkhölzer und Peeren gegen Bezahlung an sich zu bringen, wobei die Korrekturen zur Begegnung von nachträglichen Umständen, die ihnen übergeben, von den Monturs-Kommissionen gestempelten Muster und Patronen mit den Originalmustern zu vergleichen, und an den Spitzbotteln der letzteren die genomme Einsicht durch Namensfertigung und Siegelung zu bestätigen haben, indem nur die letzteren, bei den Monturs-Kommissionen aufbewahrt bleibenden Original-Muster für die Beurtheilung der eingelieferten Artikel maßgebend sind.

17) Die Einlieferung, Visitirung und Uebernahme der Materialien oder Sorten, welche stets im Beisein des Lieferanten oder eines legal ausgewiesenen Bevollmächtigten desselben zu erfolgen hat, wird in den betreffenden Vorrathsmagazinen der Monturs-Kommissionen auf Grund der von dem Monturs-Kommissions-Kommando gefertigten Uebernahmeanweisungen durchgeführt.

Zum Beweise der Identität hat der Lieferant jedes zur Ablieferung überbrachte Stück sowohl fertiger als zugeschnittener Fußbekleidungen noch vor der Uebergabe mit seinem deutlich und haltbar aufgedruckten, die Anfangsbuchstaben seines Namens oder seiner Firma, dann die Jahreszahl enthaltenden Stempel an Sohle und Oberleder zu versehen.

Die Untersuchung und Beurtheilung der zu liefernden Artikel wird lediglich der übernehmenden Monturs-Kommission eingeräumt.

Die Fußbekleidungsstücke werden hiebei wegen ihrer äußeren Qualitätsmäßigkeit zuerst Stück für Stück untersucht, und diejenigen davon, welche dem Probemuster nicht vollkommen entsprechend und somit mangelhaft befunden werden, sogleich von der Uebernahme ausgestoßen.

Von jenen dieser fertig gelieferten Artikeln, welche in Ansehung ihres äußeren Zustandes als zur Uebernahme geeignet befunden wurden, sind sodann 5% von dem zur Ablieferung überbrachten, und obigermaßen übernommenen Quantum aufzutrennen und in ihrer inneren Beschaffenheit zu untersuchen.

Zeigt sich bei diesen aufgetrennten Fußbekleidungen auch nur ein Stück, welches in Ansehung der inneren Beschaffenheit der Vorschrift nicht zusagt, so wird die obigermaßen übernommene ganze Partie der gleichnamigen Sorte als Ausschuß zurückgewiesen, und hat der Kontrahent die aufgetrennten Stücke ohne Anspruch auf eine Vergütung für das Auftrennen, sammt den übrigen nicht aufgetrennten Stücken der betreffenden Sorte als Ausschuß zurückzunehmen.

Wird bei den inneren Bestandtheilen jedoch solch' vorschriftswidriges Material (Lederabfälle oder andere fremdartige Gegenstände) vorgefunden, daß dadurch eine Fälschung des verwendeten Materials dargelegt erscheint, so würde ein Kontrahent, welcher sich eine solche Fälschung zu Schulden kommen läßt, unter allfögleicher Geltendmachung des dem Militär-Merar laut Punkt 26 vorbehaltenen Ver-

tragsauflösungsrechtes von allen künftigen Lieferungen für das Militär-Merar ausgeschlossen werden.

Dieselbe Rechtsfolge hat auch bei Verfälschung anderer innerer Bestandtheile, welche ohne Auftrennung nicht untersucht werden können, einzutreten.

Wenn die aufgetrennten, ihrem äußeren Ansehen nach qualitätsmäßig befundenen Fußbekleidungen auch in ihrem innern Zustande muster- und qualitätsmäßig befunden worden sind, so hat die Wiederherstellung derselben in fertige Sorten, bei der Monturs-Kommission auf Kosten des Militär-Merars zu geschehen.

Wenn aber auch die, ihrem innern Beschaffenheit nach untersuchten und zum Beweise dessen von der übernehmenden Monturs-Kommission besonders zu bezeichnenden Fußbekleidungen vollkommen mustermäßig befunden wurden, so hastet doch der Lieferant noch weiter für die innere Mustermäßigkeit der nicht aufgetrennten Fußbekleidungsstücke auch nach der Uebernahme derart das Militär-Merar, wenn solche nachträglich sich als in ihren Bestandtheilen nicht mustermäßig herausstellen sollten, von dem Lieferanten den Ersatz des hiedurch veranlaßten Schadens zu begehren, und überdies gegen ihn die allfällig wegen Materialfälschung durch den Vertrag festgesetzten Rechtsfolgen eintreten zu lassen, berechtigt sein soll.

Wenn sich der Lieferant mit dem Befunde der Uebernahmekommission über die Unannehmbarkeit seiner Lieferung nicht einverstanden erklärt, so soll es der übernehmenden Monturskommission freistehen, einen gerichtlichen Kunstbefund über die streitige Beschaffenheit der Mustermäßigkeit dieser Lieferung durch drei, von der Monturskommission allein vorzuschlagende, unbedenkliche Sachverständige aufnehmen zu lassen, und es hat der Lieferant, wenn der Kunstbefund zu seinem Nachtheile ausfällt, die Kosten desselben zu tragen. Ebenso steht es dem Lieferanten frei, auch seinerseits einen solchen gerichtlichen Kunstbefund zu veranlassen, jedoch soll auch in diesem Falle die Monturskommission allein berechtigt sein, hiezu drei unbedenkliche Sachverständige vorzuschlagen.

18) Jedes bei der Uebergabe nicht mustermäßig befundene und dem Kontrahenten zurückgewiesene Stück hat derselbe mit einem andern mustermäßigen, binnen 14 Tagen nach geschehener Zurückweisung zu ersetzen.

19) Ueber die vollzogene Uebernahme wird dem Lieferanten von Seite des betreffenden Vorraths-Magazins mit Nachweisung des Ausschusses ein Lieferschein ausgefertigt, auf Grundlage dessen sofort die Bezahlung für die übernommenen Artikel erfolgt.

20) Die Zahlung des Lieferpreises geschieht am Uebernahmorte von der übernehmenden Monturskommission, oder, wenn der Lieferant es wünscht, bei der nächsten Kriegskasse, aus welcher die betreffende Monturskommission ihre Geldmittel empfängt, in österreichischen Banknoten oder in sonstigen gesetzlich anerkannten österreichischen Papiergelder an den Unternehmer persönlich oder an seinen zum Geldeempfang und Abquittiren berechtigten Bevollmächtigten, und zwar nur für vollkommen qualitätsmäßig übernommene Stücke in dem Monat der bedungenen Rate und bis zu dem in dieser Rate bedungenen Quantum.

21) Nach Ablauf der bedungenen Lieferungsfrist wird das Militär-Merar in dem Falle, als es den Lieferungs-Rückstand übernehmen will, denselben nur gegen einen Pönalabzug von fünfzehn Prozent des auf diese verspäteten Lieferungen vertragsmäßig entfallenden Preises annehmen, auf dessen Nachsicht die Kontrahenten in keinem Falle rechnen dürfen.

22) Das Offert ist für den Offerenten, welcher sich des Rücktrittsbesugnisses und der im §. 862 des allgemeinen bürgerlichen Gesetzbuches normirten Fristen für Annahme seines Versprechens ausdrücklich begibt, vom Momente der Ueberreichung, für das k. k. Militär-Merar aber erst dann rechtsverbindlich, wenn der Korrekturen von der erfolgten Genehmigung seines Offertes Seitens des k. k. Kriegsministeriums verständigt worden ist.

23) Die diesen Bestimmungen gemäß ausgefertigten Offerte, so wie die Depostenscheine über die Badien müssen jedes für sich in einem eigenen Kuverte versiegelt sein, und sind längstens am 31. Dezember 1863 Mittags 12 Uhr entweder unmittelbar beim Kriegsministerium oder bei einem Landes-General-Kommando, welche die daselbst einlangenden Offerte dem Kriegsministerium uneröffnet einzuwenden hat, zu überreichen, und es verpflichtet sich das Kriegsministerium, den Offerenten bis Ende Jänner 1864 über die Annahme oder Nichtannahme des Offertes, oder über die erfolgte Restringirung ein oder des anderen angebotenen Quantums, oder der Anbotspreise oder über die Restringirung beider zu verständigen.

Wenn ein Offert nicht seinem vollen Inhalte nach, sondern nur unter Restringirung des von einer Sorte angebotenen Quantums oder des Preises angenommen wird, so hat der betreffende Offerent binnen längstens 5 Tagen nach Empfang der Verständigung hievon bei jener Monturs-Kommission, durch welche die Verständigung erfolgt ist, seine Erklärung, ob er diese Lieferungs-Bewilligung annehme oder nicht annehme, zu überreichen, widrigens das Militär-Merar an eine solche restringirte Lieferungs-Bewilligung, welche von dem betreffenden Offerenten innerhalb dieser fünfzügigen Frist nicht mittelst einer solchen Erklärung ausdrücklich angenommen worden ist, nach dieser Frist nicht mehr gebunden wäre.

Offerte, welche nicht mit allen in diesen Bedingungen vorgeschriebenen Erfordernissen versehen sind, oder welche erst nach Ablauf des festgesetzten Termins, sei es beim k. k. Kriegsministerium oder bei einem Landes-General-Kommando überreicht werden, bleiben unberücksichtigt.

24) Die Badien derjenigen Offerenten, welchen eine Lieferung bewilligt wird, bleiben bis zur Erfüllung des von ihnen abzuschließenden Kontraktes als Erfüllungs-Kauzion liegen, wobei jedoch der nach der Größe der zugewiesenen Lieferung von der vorgeschriebenen Kontrakt-Kauzion abgängige Betrag zu ergänzen ist, während andererseits der Mehrbetrag des Badiums zurückgestattet wird.

Uebrigens ist es zulässig die Badien auch gegen andere sichere, vorschriftsmäßig geprüfte und bestätigte Kauzionsinstrumente umzutauschen.

Jene Offerenten, deren Anträge nicht angenommen werden, erhalten mit dem Bescheide die Depositen-scheine zurück, um gegen Abgabe derselben die eingelegten Badien wieder zurückbeheben zu können.

25) Auf Grundlage der vom k. k. Kriegs-Ministerium genehmigten Offerte werden mit den Erstehern förmliche Vertrags-Urkunden ausgefertigt. Sollte sich aber ein Erstherr weigern, diese Vertragsurkunde zu unterfertigen, oder zu deren Unterfertigung trotz der an ihn ergangenen Einladung nicht erscheinen, so vertritt das genehmigte Offert in Verbindung mit den gegenwärtigen Bedingungen die Stelle eines Vertrages.

Eben so vertritt im Falle der Weigerung des mit einer Lieferung theilnehmenden Offerenten, den Vertrag zu errichten, die Lieferungs-Bewilligung, in Verbindung mit den gegenwärtigen Bedingungen und der hierauf von dem Offerenten innerhalb 5 Tagen abgegebenen Erklärung zur Lieferungs-Annahme, die Kontrakt-Stelle, wenn das Offert bezüglich des angebotenen Preises oder Quantums, oder bezüglich beider zugleich restringirt worden wäre.

26) In beiden Fällen soll das k. k. Militär-Arzt sowohl dann, wenn der Offerent die Vertragsurkunde nicht unterfertigen wollte, als auch, wenn der Erstherr das förmliche Vertragsinstrument zwar fertigte, aber in einem andern Punkte diese Bedingungen nicht genau erfüllt, das Recht und die Wahl haben, ihn entweder zu deren genauer Erfüllung zu verhalten, oder den Kontrakt für aufgelöst zu erklären, die darin bedungenen Leistungen entweder gar nicht mehr sicherzustellen, oder auf dessen Gefahr und Unkosten neuerdings wo immer feilzubieten, oder auch außer dem Offertwege von wem immer und um was immer für Preise sich zu verschaffen und die Kosten-Differenz zwischen dem neuen und dem kontraktbrüchigen Erstherr zu zahlen gemessenen Preisen aus dessen Vermögen zu erheben, in welchem Falle die Kauzion auf Abschlag dieser Differenz zurückbehalten, oder wenn sich keine solche zu ersetzende Differenz ergäbe, oder der Betrag der Kauzion dieselbe übersteige, oder die bedungenen Leistungen vom Militär-Arzt gar nicht mehr sichergestellt würden, in der Eigenschaft als Angeld als verfallen eingezogen wird.

27) Die aus dem Kontrakte entspringenden Rechte und Verbindlichkeiten dürfen von dem Kontrahenten nur mit Bewilligung des k. k. Kriegs-Ministeriums an eine andere Person oder Gesellschaft übertragen werden.

28) Dem k. k. Militär-Arzt soll es freistehen, alle jene Maßregeln zu ergreifen, welche zur unaufgehaltenen Erfüllung des Vertrages führen, wobei jedoch auch andererseits dem Erstherr der Rechtsweg für alle jene Ansprüche, welche er aus dem Vertrage stellen zu können vermeint, offen steht. In diesen Fällen hat sich der Kontrahent der Gerichtsbarkeit des Landes-Militärgerichtes zu unterwerfen.

29) Die Auslagen für Stemplung des Kontraktes oder der Kontrakt-Stelle vertretenden Bedingungen trägt der Erstherr, und ist die diesfällige Gebühren-Entrichtung nach den bestehenden Vorschriften zu bewirken.

30) Alle aus dem Lieferungsvertrage für den Erstherr hervorgehenden Rechte und Verbindlichkeiten gehen im Falle seines Todes an seine Erben, im Falle er aber zur Verwaltung seines Vermögens unfähig würde, auf seine gesetzlichen Vertreter über, wenn es das Militär-Arzt nicht vorzieht, den Vertrag für aufgelöst zu erklären, wozu es in beiden Fällen einseitig berechtigt sein soll.

Vom k. k. Landes-General-Kommando.

Lemberg, am 15. Dezember 1863.

Formulare zum Offerte.

Ich Endesgefertigter erkläre (Wir Endesgefertigte erklären zur ungetheilten Hand, d. i. Einer für Alle und Alle für Einen) in Gemäßheit der von mir (uns) eingesehenen, in dem Blatte der N. N. Zeitung Nro. ddto. (Nummer und Datum anzugeben) abgedruckten Bedingungen, denen ich mich (wir uns) vollinhaltlich unterwerfe (unterwerfen), die Lieferung von militär-arztischen Fußbekleidungen auf eine dreijährige Kontraktperiode, d. i. vom 1. Jänner 1864 bis Ende Dezember 1866 unter nachfolgenden für das Kontraktjahr gültigen Anbothspreisen übernehmen zu wollen:

Minimum des jährlichen Gesamt-Lieferungsquantums an diversen Fußbekleidungen.

N. N. Paare, darunter N. N. Paare mit der Besohlung, aus in Knoppem gegärbten Pfundsohlenleder, — und

N. N. Paare mit Sohlen aus in Knoppem und Eichenlohe gegärbten sogenannten deutschen Sohlenleder erzeugt.

Maximum des jährlichen Gesamt-Lieferungsquantums an diversen Fußbekleidungen.

N. N. Paar (das Anbothsquantum nach der verschiedenen Sohlenleder-Gattung, wie beim Minimum beziffert anzugeben).

Lieferungspreise für fertige Sorten aller Größengattungen, das Paar zu:

Schuhe . . fl. . kr., Säge! . . . fl. . kr. öster. Währ.

Halbstiefel . . fl. . kr., Säge! . . . fl. . kr.

Sußaren-Gziemen . . fl. . kr., Säge! . . . fl. . kr.

Hohe Stiefel für ehemalige Freiwillige-Uhlanen . . fl. . kr., Säge!

. . . fl. . kr.

Gziemen für ehemalige Freiwillige = Süßaren . . fl. . kr., Säge!

. . . fl. . kr.

Gziemen = Gziemen . . fl. . kr., Säge! . . . fl. . kr.

Lieferpreise für fertige Sorten bestimmter Größengattungen, das Paar zu!

Schuhe 1. Gattung . . fl. . kr., Säge! . . . fl. . kr.

2. . . fl. . kr., Säge! . . . fl. . kr.

Halbstiefel 1. Gattung . . fl. . kr., Säge! . . . fl. . kr.

2. . . fl. . kr., Säge! . . . fl. . kr. und so fort

zu spezifiziren für die übrigen Sorten.

Lieferpreise für im Materiale komplet zugeschnittene Sorten aller Größengattungen (dann bestimmter Größengattungen) pr. Paar zu (ebenso die Preise zu spezifiziren, wie bei den fertigen Sorten).

Die obig angebotenen Sorten verpflichte ich mich (verpflichten wir uns) nach den vorgeschriebenen, von mir (uns) eingesehenen Muster, an die Kontrakt-Kommission zu N. N. in der Zeit vom 1. Jänner 1864 bis Ende Dezember 1864 in folgenden vier Lieferungs-Raten liefern zu wollen, und zwar:

N. N. Paar am 1. 1864

N. N. Paar am 1. 1864 u. s. w., für

welches Offert ich (wir) mit dem separat versiegelt eingesendeten 5% Badium von Gulden in österr. Währ., welches dem Lieferungs-Gesamtwerthe von Gulden . . kr. öst. Währ. entspricht, gemäß der Kundmachung hafte (haften).

Das von der Handels- und Gewerbe-Kammer versiegelt erhaltene und von derselben ausgefertigte Leistungsfähigkeits-Certifikat liegt bei.

Gezeichnet zu N., Kreis N., Land N. am . . . ten

N. N. Unterschrift des Offerenten sammt Angabe seines Charakters.

Kuvert-Formulare über das Offert.

An das hohe k. k. Kriegs-Ministerium (oder Landes-General-Kommando

zu N. N.

N. N. offerirt Fußbekleidungen.

Kuvert-Formulare über den Depositen-schein.

An das hohe k. k. Kriegs-Ministerium (oder Landes-General-Kommando)

zu N. N.

Depositen-schein über . . . fl. . kr. öst. Währ. zu dem Offerte des N. N. für Fußbekleidungs-Lieferung.

(2253)

Obwieszeczenie.

(2)

Nr. 2633. C. k. urząd powiatowy, jako sąd w Zmigrodzie niniejszem do powszechnej wiadomości podaje, iż wskutek wezwania c. k. sądu obwodowego w Przemyślu z dnia 19. listopada 1863 l. 10243 odbędzie się po odbytych bez skutku 5 terminach w gmachu tutejszego c. k. urzędu powiatowego na dniu 25. stycznia 1864 o 9tej godzinie rano 6ty termin licytacyjny celem przymusowej sprzedaży realności Jana i Anny małżonków Książkiewiczów w miasteczku powiatowym w Zmigrodzie położonych, jako to:

a) Placu na budowie lub ogród od małżonków Jana i Zofii Subik pod dniem 18. maja 1854 nabytego,

b) gruntów od małżonków Franciszka i Agaty Kozłowskiich na dniu 9. maja 1856 nabyty,

c) na tych gruntach pod A. i B. w r. 1856 częścią z cegły częścią z kamienia postawionego domu mieszkalnego Nr. 128 ze skłepem, obszerą stajnią i wozownią,

d) od Magdaleny Pec na dniu 20. lutego 1852 nabyty ogród fruktowy i jarzynny.

I. Za cenę wywołania tych realności przyjmuje się cena szacunkowa tej realności w ilości 2070 zł. w. a.

II. Każdy chęć kupienia mający ma 207 zł. w. a. w gotówce albo galicyjskimi obligacyami indemnizacyjnymi lub listami zastawnymi według ostatniego kursu złożony do rąk komisji licytacyjnej jako wadyum, które po odbytej licytacji powrócone, zaś najwięcej ofiarującego przytrzymane, w cenę kupna policzone będzie.

III. $\frac{3}{4}$ części ceny kupna mają być w 14 dniach po doręczeniu uchwały sądowej sprzedaż zatwierdzającej do depozytu sądowego złożone, reszta zaś, to jest $\frac{1}{4}$ części kupna może pozostać do dwóch lat za opłatą prowizji po 5% w rękach kupiciela.

IV. Po wypłacie $\frac{3}{4}$ części ceny kupna realności kupicielowi w posiadanie oddane będą, którym także podatek dochodowy od ceny kupna opłacić się winien jest.

V. Przejrzenie opisu i szacunku tych realności w tutejszym sądowej registraturze dozwala się chęć kupna mającym.

VI. W razie, gdyby na powyższym terminie ceny szacunkowej lub wyższej nikt ofiarować nie chciał, realności te i niżej ceny szacunkowej sprzedane będą.

Z c. k. sądu powiatowego.

Zmigrod, 14. grudnia 1863.

(2245) Kundmachung. (2)

Nro. 55744 - 949. Nachdem die Katastral-Operationen in dem Kronlande Böhmen ihrer Beendigung zugeführt, die Untersuchung der gegen die Resultate der Katastral-Vermessung vorgekommenen Beschwerden abgeführt, die Berichtigung der bei den diesfälligen Erhebungen fehlerhaft befundenen Aufnahmsoperaten erfolgt und die dafür entfallenden Nachbesserungskosten-Ersätze ausgemittelt worden sind, so werden nunmehr jene Individuen, welche sich bei der Katastral-Aufnahme in dem genannten Königreiche Böhmen während der Zeit vom Jahre 1826 - 1830, dann vom Jahre 1837 - 1843 als Inspektoren oder Geometer verwendet, und zur Sicherstellung dieser Ersätze, Dienst-Kauzionen mittelst vinkulirter Staatsanlehens-Obligazionen oder im Baren bei dem Staatsschulden-Dilgungsfonde verzinlich angelegte Theilbeträge geleistet haben, aufgefordert, zum Behufe der zwischen ihnen und dem Katastralfonde (aus welchem die Berichtigungskosten für fehlerhafte Aufnahmen bestritten wurden,) nunmehr zu pflegenden Ausgleichung, binnen sechs Wochen vom Tage der diesfälligen Kundmachung, die in Händen habenden, entweder ausschließlich für das Königreich Böhmen oder theilweise für dieses und auch für andere bereits vermessene Länder der österreichischen Monarchie vinkulirte Staatsschuldverschreibungen zur Devinkulirung oder bezüglich der von ihnen als Kauzion erlegten baren Theileinlagen, ihre Gesuche um deren Ausfolgung an diese k. k. Generaldirektion vorzulegen, von welcher die Freischreibung der Obligazionen und die Rückzahlung der baren Theileinlagen veranlaßt, die Berichtigung der entfallenden Reklamations-Untersuchungskosten mittelst der Umschreibungs-Interessen der ersteren oder der ausständigen Interessen der baaren Theileinlagen, und bei deren Unzulänglichkeft, aus den Theileinlagen selbst eingeleitet, die freigeschriebenen Obligazionen, so wie die noch verbliebenen Theileinlagen sammt Interessen aber, den Kauzionanten oder den als ihre Rechtsnachfolger sich ausweisenden Partheien, werden ausgefolgt werden. Sollten die Kauzionanten oder ihre Rechtsnachfolger die Einwendung der Obligazionen zur Freischreibung in der obangefegten sechs-wöchentlichen Frist unterlassen, so wird die definitive Abrechnung der entfallenden Ersätze von Amtswegen veranlaßt und zu deren Berichtigung in der erwähnten Weise geschritten werden. Denjenigen Partheien, welche gesonnen sind, gegen den ihnen zur Last geschriebenen Ersatz und gegen dessen Abstattung aus den Umschreibungs-Interessen zu rekurriren, steht es frei, ihre Berufung binnen weiteren sechs Wochen im Wege der k. k. böhmischen Finanz-Landes-Direktion vorzulegen.

Vom der k. k. General-Direktion des Grundsteuer-Katasters.

Wien, am 22. November 1863.

(2266) Konkurs-Ausschreibung. (2)

Nro. 31440. Zur Bewerbung um die nachfolgenden provisorischen Beamtenstellen beim Lemberger Stadtmagistrate, und zwar:

- 1 Konzept-Praktikantenstelle mit dem Gehalte von 315 fl. öst. W.
- 1 Adjunktenstelle bei den Hilfsämtern " " " 735 " "
- oder nach Umständen mit " " " 630 " "
- 1 Kanzlistenstelle " " " 420 " "
- 1 Grundamtschreiberstelle " " " 365 " "

wird der Termin bis zum 20. Jänner 1864 ausgeschrieben.

Die Bewerber um diese Stellen, haben sich über die erforderlichen Studien, ihr Alter, Stand, Religion, Moralität, Kenntniß der Landessprachen und bisherige Verwendung auszuweisen, und anzugeben, ob und in welchem Grade dieselben mit einem Beamten des Lemberger Magistrats etwa verwandt oder verschwägert sind.

Für die Konzeptbedienstung wird insbesondere die Nachweisung der vollendeten juristischen Studien beziehungsweise der abgelegten Staatsprüfungen erfordert.

Die Kompetenten haben ihre Gesuche beim Lemberger Magistrate, und zwar jene Bewerber, welche in einer öffentlichen Dienstleistung stehen, durch ihren unmittelbaren Vorstand zu überreichen.

Vom Magistrate der königlichen Hauptstadt.

Lemberg, am 15. Dezember 1863.

Ogłoszenie konkursu.

Nr. 31440. Do ubiegania się o następujące prowizoryczne posady urzędników przy lwowskim magistracie, a mianowicie:

- 1 praktykanta konceptowego z roczną płacą 315 zł. w. a.
- 1 adjunkta urzędów pomocniczych " " " 735 " "
- albo wedle okoliczności " " " 630 " "
- 1 kancelisty " " " 420 " "
- 1 pisarza ławnójtowskiego " " " 365 " "

naznacza się termin do 20. stycznia 1864.

Kandydaci na te posady mają się wykazać świadectwami potrzebnych studyów, udowodnić swój wiek, religię, dobre zachowanie się, dokładną znajomość języka krajowego i dotychczasowe zatrudnienie, oraz oznajmić, czyli i w jakim stopniu niezostają z którym urzednikiem tutejszego magistratu w stosunku pokrewienstwa lub powinowactwa.

Do służby konceptowej potrzebne jest przedewszystkiem wykazanie ukończonych studyów jurydycznych a względnie złożonych egzaminów ogólnych.

Ubiegający się o te posady mają swoje podanie do Magistratu wniesć, a ci, którzy zostają w służbie publicznej, w drodze bezpośredniej zwierzchności.

Od magistratu król. stołecznego miasta.

Lwów, dnia 15. grudnia 1863.

(2254) G d i f t. (2)

Nro. 46844. Vom k. k. Lemberger Landesgerichte wird dem obwesenden Herrn August Perlep, gewesenen k. k. Staatsbuchhalter, mit

diesem Edikte bekannt gemacht, daß wider denselben in der Rechtsache des Sebastian Kurtolo unterm 9. April 1863 Zahl 14173 wegen Zahlung der Wechselsumme von 1000 fl. öst. W. s. R. G. h. g. eine Zahlungsaufgabe ergangen ist.

Da der Wohnort des Belangten unbekannt ist, so wird demselben der Herr Landes-Advokat Dr. Kratler mit Substituierung des Herrn Landes-Advokaten Dr. Dabezański auf dessen Gefahr und Kosten zum Kurator bestellt, und demselben der oben angeführte Bescheid dieses Gerichtes zugestellt.

Vom k. k. Landes- als Handelsgerichte.

Lemberg, am 5. November 1863.

(2250) G d i f t. (2)

Nro. 23094. Von dem k. k. städtisch-delegirten Bezirksgerichte für die Stadt Lemberg und deren Vorstädte in bürgerlichen Rechtsangelegenheiten wird dem, dem Leben und Wohnorte nach unbekanntem Michael Kostro, so wie dessen dem Leben und Wohnorte nach unbekanntem Erben mit diesem Edikte bekannt gemacht, daß wider ihn Magdalena Hubrich bei diesem k. k. Gerichte unterm 14. November 1863 Zahl 23094 eine Klage wegen Zahlung des Miethzinses von 300 fl. öst. W. ausgetragen hat, und daß hierüber zur summarischen Verhandlung des Streitens mit dem Bescheide vom 19. November 1863 Zahl 23094 - 1863 die Tagfahrt auf den 2. März 1864 um 10 Uhr Vormittags h. g. im Bureau Nro. 1 anberaumt wurde.

Da der Wohnort der besagten Belangten unbekannt ist, so wird demselben der Landes-Advokat Dr. Koiniski mit Substituierung des Landes-Advokaten Dr. Pfeiffer auf seine Gefahr und Kosten zum Kurator bestellt, und demselben der oben angeführte Bescheid dieses Gerichtes zugestellt.

Vom k. k. städtisch-delegirten Bezirksgerichte für die Stadt

Lemberg und deren Vorstädte.

Lemberg, den 19. November 1863.

(2242) G d i f t. (2)

Nro. 53330. Von dem k. k. Landes- als Handelsgerichte wird dem, dem gegenwärtigen Aufenthaltsorte nach unbekanntem Saul Wieder mit diesem Edikte bekannt gemacht, daß wider denselben über Ansuchen des Leo Reich vom 3. November 1863 Zahl 46588 mit h. g. Beschlusse vom 5. November 1863 Zahl 46588 die Zahlungsaufgabe über die Wechselsumme von 100 fl. öst. W. s. R. G. bewilliget wurde.

Da der gegenwärtige Wohnort des Saul Wieder unbekannt ist, so wird demselben der Landes-Advokat Dr. Kochen mit Substituierung des Landes-Advokaten Dr. Hönigsmann zum Kurator bestellt, und demselben der oben angeführte Bescheid dieses Gerichtes zugestellt.

Vom k. k. Landes- als Handelsgerichte.

Lemberg, den 16. Dezember 1863.

(2267) Konkurs. (2)

Nro. 9467. Im Orte Winniki, Lemberger Kreises, ist die k. k. Postexpedientenstelle in Erlebigung gelangt.

Mit diesem Dienstposten ist eine Bezahlung jährlicher Zweihundert Fünfzig Gulden (250 fl.) und ein jährliches Amtspauschale von Fünfzig Gulden (50 fl.) verbunden, wogegen der Postexpedient eine Dienstkauzion im Betrage von Zweihundert Gulden (200 fl.) zu leisten, vor Antritt des Dienstes sich der Prüfung aus den Postvorschriften zu unterziehen, und sodann den halbjährig kündbaren Dienstvertrag abzuschließen haben wird.

Die Bewerber haben in den eigenhändig geschriebenen Gesuchen ihr Alter, ihre bisherige Beschäftigung, ihre Vermögensverhältnisse und den Besitz eines für den Postdienst geeigneten Lokales nachzuweisen.

Die Gesuche sind längstens bis 15. Jänner 1864 bei der gefertigten k. k. Postdirektion einzubringen.

Vom der k. k. galiz. Post-Direktion.

Lemberg, am 14. Dezember 1863.

(2265) G d i f t. (2)

Nro. 49001. Vom k. k. Lemberger Landesgerichte wird dem dem Wohnorte nach unbekanntem Israel Salir mittelst gegenwärtigen Edikttes bekannt gemacht, es habe wider denselben die k. k. Finanz-Prokuratur in Lemberg unterm 18. November 1863 Zahl 49001 wegen unbefugter Auswanderung eine Klage angebracht und um richterliche Hilfe gebeten, worüber unterm 24. November 1863 Zahl 49001 die Frist von 90 Tagen zur Erstattung der Einrede bestimmt wurde.

Da der Aufenthaltsort des Belangten unbekannt ist, so hat das k. k. Landesgericht zu seiner Vertretung und auf dessen eigene Gefahr und Kosten den hiesigen Landes-Advokaten Dr. Blumenfeld mit Substituierung des Landes-Advokaten Dr. Hönigsmann als Kurator bestellt, mit welchem die angebrachte Rechtsache nach der für Galizien vorgeschriebenen Gerichtsordnung verhandelt werden wird.

Durch dieses Edikt wird demnach der Belangte erinnert, zur rechten Zeit entweder selbst zu erscheinen, oder die erforderlichen Rechtsbehelfe dem bestellten Vertreter mitzutheilen, oder auch einen anderen Sachwalter zu wählen und diesem k. k. Landesgerichte anzuzeigen, überhaupt die zur Vertheidigung dienlichen vorschriftsmäßigen Rechtsmittel zu ergreifen, indem er sich die aus deren Verabsäumung entstehenden Folgen selbst beizumessen haben wird.

Vom k. k. Landesgerichte.

Lemberg, den 24. November 1863.

(2243) E d i k t. (1)

Nr. 44576. Vom Lemberger k. k. Landesgerichte wird der Konkurs über das sämtliche Vermögen des Lemberger Buchhändlers Dionis Marie eröffnet; demgemäß werden sämtliche Gläubiger aufgefordert, ihre Forderungen mittelst einer Klage wider den bestellten Sanctmassen-Beretreter Advokaten Roiński mit der Präklusivfrist bis Ende Jänner 1864 unter der Strenge des §. 84 der G. O. anzumelden.

Zur Wahl des definitiven Vermögens-Verwalters und des Gläubiger-Ausschusses, so wie auch zur Verhandlung über das Güterabtretungsgeſuch des Dionis Marie wird die Tagfahrt auf den 11. Februar 1864 um 4 Uhr Nachmittags beim Lemberger k. k. Landesgerichte anberaumt.

Lemberg, am 5. November 1863.

E d y k t.

Nr. 44576. C. k. sąd krajowy Lwowski rozpisuje konkurs na cały majątek księgarza Lwowskiego Dyonizego Marie; w skutek tego wzywa się wszystkich wierzycieli, ażeby pretensje swoje przeciw ustanowionemu zastępcy masy rozbirowej adwokata Roińskiemu w terminie prekluzyjnym aż do końca stycznia 1864 pod rygorem §. 84 p. s. zgłosili.

Do wybrania stałego zawiadowcy majątku i wydziału wierzycieli, jako też do rozprawy nad prośbą o odstąpienie majątku Dyonizego Marie wyznacza się termin na dzień 11. lutego 1864 o 4. godzinie popołudniu w Lwowskim c. k. sądzie krajowym.

Lwów, dnia 5. listopada 1863.

(2252) E d i k t. (1)

Nr. 1196. Vom k. k. Bezirksamte als Gericht zu Olesko werden die Inhaber der angeblich in Verlust gerathenen Quittungen, und zwar:

a) Quittung über 63 fl. öst. W. als Kauzions-Ergänzung auf die Ehrenpapier-Lieferung pro 1860 ddo. 28. März 1860 Nro. 40, Kassa-Empfangs-Art. 75;

b) Quittung über 123 fl. öst. W. als Kauzion gegen Ehrenpapier-Lieferung pro 1860 ddo. 21. November 1860 Nro. 5, Kassa-Empfangs-Art. 15,

aufgefordert, solche binnen Einem Jahre dem Gerichte vorzulegen, oder aber ihre etwaigen Beschränkungen darzutun, widrigenfalls nach fruchtlosem Verstreichen der ausgedrückten Frist die genannten Quittungen für null und nichtig werden erklärt werden.

Olesko, am 5. Oktober 1863.

(2256) E d y k t. (1)

Nr. 41122. C. k. sąd krajowy niniejszym edyktem uwiadamia Bazylego Ustyanowicza, że galicyjska kasa oszczędności przeciw temuż pozew o nakaz płatniczy wytoczyła.

Gdy tegoż zycie i miejsce pobytu nie jest wiadome, przeto ustanawia się mu adwokata krajowego Dra. Pfeiffera z substytucją adwokata krajowego Dra. Roińskiego na jego koszt i niebezpieczeństwo za kuratora, któremu to powyższy nakaz płatniczy zezwalająca uchwała z dnia 24. listopada 1863 do l. 41122 doręcza się.

Z c. k. sądu krajowego.

Lwów, dnia 24. listopada 1863.

(2271) Kundmachung. (1)

Nr. 7394. Vom k. k. Kreisgerichte in Przemyśl wird kundgemacht, daß die mit Beschluß des k. k. Landesgerichtes in Krakau vom 16. Dezember 1861 J. 18566 bewilligte zwangsweise Feilbiethung der, der Frau Gräfin Henriette Kuczkowska gehörigen, im Sanoker Kreise gelegenen Güter Srednia wies im Zwecke der Einbringung des vom Alexander Brześciński wider Frau Gräfin Henriette Kuczkowska erlegten Kapitals von 4000 fl. RM. oder 4200 fl. öst. W. sammt 5% Zinsen vom 12. April 1855 an gerechnet, und den schon früher in den Beträgen von 44 fl. 30 fr., 5 fl. 32 fr., 8 fl. 96 fr. und 38 fl. 5 fr., somit im Gesamtbetrage von 99 fl. 5 fr. öst. W. und gegenwärtig im Betrage von 38 fl. 61 fr. öst. W. zuerkannten Gerichtskosten ausgeschrieben, und solche beim hiesigen k. k. Kreisgerichte in zwei Terminen, d. i. am 8. Februar 1864 und am 7. März 1864, jedesmal um 10 Uhr Vormittags vorgenommen werden wird.

1) Zum Ausrufspreise wird der durch gerichtliche Schätzung erhobene Werth dieser Güter von 58.849 fl. 10 fr. RM. angenommen, unter welchen diese Güter in den zwei ersten Terminen nicht verkauft werden.

2) Jeder Kauflustige ist verbunden, vor dem Beginn der Feilbiethung den 10. Theil des Schätzungswerthes, d. i. den Betrag von 6200 fl. öst. W. als Wadium im Varen, in öffentlichen Staatsschulden-Obligationsen oder in Pfandbriefen der galiz. ständ. Kreditsanstalt nach dem letzten Kurswerthe, welcher von dem Ersteher nachzuweisen ist und nicht im Nominalwerthe desselben zu Handen der Lizitations-Kommission zu erlegen. Das Wadium des Erstehers wird Behufs Sicherstellung der Erfüllung der Lizitationsbedingungen zurückgehalten, den übrigen Mitlizitanten jedoch gleich nach beendigter Lizitation zurückgestellt werden.

3) Sollten diese Güter in den ersten zwei Terminen um den Schätzungswerth nicht veräußert werden können, so wird gemäß der §§. 148 und 152 G. O. und des Kreis Schreibens vom 11. September 1824 J. 46612 zur Abhörnung der Gläubiger wegen Feststellung erleichternder Bedingungen der Termin auf den 8. März 1864 um 10

Uhr Vormittags bestimmt, zu welchem die Gläubiger mit dem Beifügen vorgeladen werden, daß die Ausbleibenden als der Mehrheit der Stimmen der Erscheinenden beitreten angesehen werden.

5) Den Kauflustigen ist gestattet den landtäfelichen Auszug, den Schätzungsakt, das Inventar dieser Güter und die Feilbiethungsbedingungen in der hiergerichtlichen Registratur einzusehen und sich Abschriften hievon zu erheben.

Von dieser Lizitation werden beide Theile, ferner die dem Wohnorte nach bekannten Gläubiger zu eigenen Händen, die dem Aufenthaltsorte nach unbekanntem jedoch, als: Kaspar Kwiciński, Therese Potz im eigenen Namen und als Bevollmächtigte der Marianna Potz verehel. Szydłowska, Frau Gräfin Thekla Ankwicz, Cäcilie Dębińska, Angela Kuczel, Leib Grünstein, Karl Skibiński, Pinkas Blitz, Maier Eisig Landau, Heinrich Graf Soltyk und Kasimir Graf Kuczkowski, dann diejenigen Gläubiger, welche nach dem 2. Juli 1861 mit ihren Forderungen in die Landtafel gelangt sind, oder denen die Verständigung von dieser Feilbiethung gar nicht oder nicht zeitig genug zugestellt werden könnte, durch den ihnen hiemit in der Person des Advokaten Dr. Madejski mit der Substituierung des Advokaten Dr. Kozłowski bestellten Kurator und durch dieses Edikt verständigt.

Przemyśl, am 14. Oktober 1863.

Obwieszczenie.

Nr. 7394. C. k. sąd obwodowy w Przemyślu niniejszem podaje do publicznej wiadomości, iż dozwolona uchwała c. k. sądu krajowego w Krakowie z dnia 16go grudnia 1861 do l. 18566 przymusowa sprzedaż dóbr Srednie wsi w obwodzie Sanockim położonych i pani Henryki hr. Kuczkowskiej własnych, w celu zaspokojenia kapitału przez p. Aleksandra Brześcińskiego przeciw p. Henryce hr. Kuczkowskiej wygranego w sumie 4000 zł. m. k. czyli 4200 zł. w. a. wraz z procentami po 5% od dnia 12. kwietnia 1855 bieżącemi i kosztami w ilościach 44 zł 30 c., 5 zł. 32 c., 8 zł. 96 c. i 38 zł. 5 c. w. a. razem w sumie 99 zł. 5 c. w. a. już poprzednio a obecnie w kwocie 38 zł. 61 c. w. a. przysądzonemi rozpisuje się, która to sprzedaż publiczna w tutejszym c. k. sądzie obwodowym w dwóch terminach, t. j. dnia 8. lutego 1864 i dnia 7. marca 1864 każda razą o 10. godzinie z rana odbędzie się.

1. Cenę wywoławczą stanowi wartość szacunkowa tych dóbr w ilości 58849 złr. 10 kr. m. k. niżej tej ceny w pierwszych dwóch terminach tych dóbr się nie sprzeda.

2. Chęć kupna mający złożyć przed rozpoczęciem licytacji jako zakład do rąk komisji licytacyjnej 10% ceny szacunkowej w okrągłej ilości 6200 zł. w. a. gotówką lub w publicznych obligacjach długu państwa lub też w galicyjskich stanowych listach zastawnych, któreto papiery według ostatniego kursu, którym się nabywca wykazać ma, a nie według ich imiennej wartości obliczać się mają. Zakład nabywcy zatrzyma się w celu zabezpieczenia wykonania warunków licytacyjnych, innym zaś współkupującym zostanie wydanym zaraz po ukończeniu licytacji.

3. Gdyby dobra te w pierwszych dwóch terminach w cenie szacunkowej sprzedane być nie mogły, na ten wypadek wyznacza się w moc §§. 148 i 152 ust. sąd. i cyrkularza z dnia 11. września 1824 l. 46612 termin do wystąpienia wierzycieli względem ułatwiających warunków na 8. marca 1864 o godzinie 10tej zrana z tym dodatkiem, że niestających tak uważać się będzie, jak gdyby do większości głosów stających przystąpili byli.

4. Chęć kupienia mającym wolno jest wyciąg tabularny akt oszacowania, inwentarz tych dóbr i warunki licytacji w tutejszej registraturze przejrzeć lub odpisać.

O tej licytacji obydwie strony, dalej wierzycieli z pobytu wiadomi, do własnych rąk, tych zaś, których pobyt nie jest wiadomy, t. j. Kaspara Kwicińskiego, Teresę Potz we własnym imieniu i jako pełnomocniczke Maryanny z Potzów Szydłowskiej, Teklę hr. Ankwiczową, Cecylię Dębińską, Anielę Kuczel, Leiba Grünsteina, Józefa Alster, Karola Skibińskiego, Pinkasa Blitz, Mojżesza Ejziga Landaua, Henryka hr. Soltyka, Kazimierza hr. Kuczkowskiego, jako też tych wierzycieli, którzyby do tabuli krajowej po 2. lipca 1861 roku weszli, lub niniejszą uchwałę zapóźno lub wcale nie otrzymali, przez kuratora onym, w osobie pana adwokata Dra. Madejskiego z substytucją p. adwokata Dra. Kozłowskiego niniejszem postanowionego i przez edykta zawiadamia się.

Przemyśl, dnia 14. października 1863.

(2273) Kundmachung. (1)

Nro. 18360. Vom k. k. Landesgerichte in Straßfäßen zu Lemberg wird hiemit zur öffentlichen Kenntniß gebracht, daß vermöge Urtheils vom 18ten Dezember 1863 J. 18360 die weitere Verbreitung des, den Thatbestand des Vergehens der Aufwiegelung nach §. 300 St. G. begründenden, in der Nr. 224 der in Lemberg erscheinenden Zeitung „Dziennik narodowy“ vom 10. Oktober 1863 veröffentlichten Artikel „Z pod Radymna“ 7. października, verboten wird.

Vom k. k. Landesgerichte in Straßfäßen.

Lemberg, am 18. Dezember 1863.

Obwieszczenie.

Nr. 18360. C. k. sąd krajowy w sprawach karnych we Lwowie niniejszem do publicznej wiadomości podaje, że wyrokiem tego c. k. sądu z dnia 18. grudnia 1863 do l. 18300 ogłoszenie i dalsze rozprzestrzenie artykułu w Nrze. 224. czasopisma „Dziennik narodowy z dnia 10go października 1863 umieszczonego pod napi-

sem „Z pod Radymna 7. października“ jako istotę czynu wykroczenia podburzania w myśl §. 300 ustawy karnej w sobie zawierającego, zakazane zostało.

Z c. k. sądu krajowego w sprawach karnych.
Lwów, dnia 18. grudnia 1863.

(2263) **I. Einberufungs-Edikt.** (1)

Nr. 14225. Simon Schneider aus Przemyśl, welcher sich unbefugt außer den österreichischen Staaten aufhält, wird hiemit zum ersten Male aufgefordert, binnen einem Jahre von der Einschaltung dieses ersten Einberufungsediktes zurückzuführen und seine Rückkehr zu erweisen, widrigenfalls gegen ihn das Verfahren wegen unbefugter Auswanderung nach dem N. h. Patente vom 24ten März 1832 eingeleitet werden wird.

Von der k. k. Kreisbehörde.
Przemyśl, am 15. Dezember 1863.

I. Edykt powołujący.

Nr. 14225. C. k. władza obwodowa wzywa Simeona Schneidra z Przemyśla, nieprawnie za granicą państw austriackich przebywającego, żeby w przeciągu roku od umieszczenia pierwszego edyktu w Gazecie krajowej, powrócił i swój powrót udowodnił, w przeciwnym bowiem razie przeciw niemu za nieprawne wychodźstwo wedle najwyższego patentu z dnia 24. marca 1832 r. postąpieniem będzie.

Od c. k. władzy obwodowej.
Przemyśl, dnia 15. grudnia 1863.

(2270) **E d y k t.** (1)

Nr. 11538. C. k. sąd obwodowy Samborski Ewie Swierczyńskiej na podstawie wekslu ddo. Kriwka 28. maja 1863 wedle przepisów prawnych wystawionego przez nią akceptowanego, niniejszym nakazał, aby sumę wekslową 300 zł. w. a. wraz z odsetkami po 6% od 29. czerwca 1863 bieżącymi, tudzież z kosztami sądowymi 9 zł. 51 kr. w. a. w trzech dniach skarżącej Rachli Perl Lieber jako zyratorce pod surowością egzekucyi wekslowej zapłaciła.

Ponieważ miejsce pobytu Ewy Swierczyńskiej wiadome nie jest, przeto powyższy nakaz płatniczy doręcza się do rąk ustanowionego kuratora Dra. Pawlińskiego. O czem niniejszym edyktem Ewa Swierczyńska się uwiadamia.

Z rady c. k. sądu obwodowego.
Sambor, dnia 9. grudnia 1863.

(2251) **E d y k t.** (1)

Nr. 3039. Ze strony c. k. powiatowego sądu zawiadamia się Jędrzeja Ario i Franciszka Ario niniejszym edyktem, że małżonkowie Jan i Julianna Babscy przeciw Kalarzynie z Gorylewiczów Fludzińskiej, Zofii z Gorylewiczów Markiewiczowej, Franciszkowi Ario, Jędrzejowi Ario, Ludwice Ario i małoletniej Anieli Ario o zniesienie wspólnej własności domu i ogrodu pod Nrm. 308 na przedmieściu Leżajskim, o sprzedaży tychże w drodze publicznej licytacji i rozdział stosunkowy uzyskanej ceny kupna i sprzedaży między współwłaścicieli pozew wytoczyli i o pomoc sądową prosili, względem czego do ustnej rozprawy dzień sądowy na 22. lutego 1864 o godzinie 10ej z rana wyznaczonym został.

Gdy miejsce pobytu przypozywanych Jędrzeja Ario i Franciszka Ario niewiadomym jest, przeto c. k. powiatowy sąd w Jarosławiu dla zastąpienia tychże, jak też na ich koszt i stratę tutejszego adwokata krajowego dr. Chamajdesa jako kuratora ustanowił, z którym wniesiona sprawa prawna według przepisanej dla Galicyi procedury sądowej będzie pertraktowana.

Tym edyktem upomina się tychże nieobecnych przypozywanych, ażeby w należytych czasie albo sami przybyli albo potrzebne dokumenta ustanowionemu zastępcy udzielili lub innego rzeczownika wybrali, temu sądowi oznajmili, w ogóle przedsięwzięli służące do obrony przepisane środki prawne, gdyż powstałe z zaniedbania skutki sami sobie przypiszą.

Jarosław, dnia 20. listopada 1863.

(2259) **E d y k t.** (2)

Nr. 7877. C. k. sąd obwodowy Złoczowski Janowi Zawadzkiemu z miejsca pobytu, a nawet z życia niewiadomemu niniejszym edyktem wiadomo czyni, że pan Meliton Lityński przeciw spadkobiercom Wiktora Rozłuckiego o zmanie 2000 złr., 3900 złr., 200 złr., 200 złr. i 100 złr. m. k. z przynależnościami z dóbr Firlejówka i Marmuszowice skargę wniósł i sądowej pomocy zawezwał, w skutek czego wyznacza się termin na dzień 19. stycznia 1864, godzinę 10. przedpołudniem.

Gdy miejsce pobytu przypozywanego Jana Zawadzkiego jest niewiadome, więc c. k. sąd obwodowy do jego zastępowania i na jego koszt i niebezpieczeństwo postanawia tutejszego adwokata Dra. Płotnickiego z substytucją adwokata Dra. Warteresiewicza za kuratora, z którym podana sprawa podług ustawy dla Galicyi przepisanej przeprowadzoną będzie.

Tym edyktem wzywa się więc pozwanego, aby w stosownym czasie albo sam się stawił albo potrzebne środki obrony postanowionemu zastępcy udzielił, lub też innego pełnomocnika sobie obrał i tegoż sądowi wskazał, ogólnie do obrony służących środków

się chwycił, gdyż inaczej skutki, które z jego opieszałości powstaną, sam sobie przypisać będzie miał.

Z rady c. k. sądu obwodowego.
Złoczów, dnia 2. grudnia 1863.

(2255) **E d i k t.** (2)

Nr. 44244. Vom k. k. Lemberger Landesgerichte wird dem, dem Leben und Wohnorte nach unbekanntem Josef Göttinger mittelst gegenwärtigen Ediktes bekannt gemacht, daß die Erben des Johann Fränkel, als: die großjährigen Gustav Fränkel, Johann B. Fränkel, Fr. Apolonia Breuer geb. Fränkel, endlich die minderjährige Karoline Weigle, letztere unter Vertretung des gerichtlichen Vormundes Josef Breuer wider die Erben und Erbskinder des Josef Göttinger sub praes. 14. Februar 1863 J. 6509 die Aufkündigung des über der Realität Nr. 453 1/2, intabulirten Kapitals pr. 4000 fl. RM. oder 4200 fl. öst. W. hiergerichts angebracht und um richterliche Hilfe gebeten haben, worüber der Bescheid unterm 15. Juni 1863 J. 18949 erflissen ist.

Da der Aufenthaltort des Miterben Josef Göttinger unbekannt ist, so hat das k. k. Landesgericht über das Seitens der Erben des Johann Fränkel sub praes. 19. Oktober 1863 J. 44244 gestellte Ansuchen zu seiner Vertretung und auf seine Gefahr und Kosten den hiesigen Advokaten Dr. Kratter mit Substituierung des Advokaten Dr. Roiński als Kurator bestellt und demselben der obangeführte Bescheid dieses Gerichtes zugestellt.

Durch dieses Edikt wird demnach der Miterbe erinnert, zur rechten Zeit entweder selbst zu erscheinen, oder die erforderlichen Rechtsbehelfe dem bestellten Vertreter mitzutheilen, oder auch einen anderen Sachwalter zu wählen und diesem Landesgerichte anzuzeigen, überhaupt die zur Vertheidigung dienlichen vorschriftsmäßigen Rechtsmittel zu ergreifen, indem er sich die aus deren Verabsäumung entstehenden Folgen selbst beizumessen haben wird.

Vom k. k. Landesgerichte.
Lemberg, am 30. November 1863.

(2258) **E d i k t.** (2)

Nr. 5631. Vom Tarnopoler k. k. Kreisgerichte in Strafsachen wird bekannt gemacht, daß bei demselben sich ein silberner Schlüssel mit der Ziffer F. S. befindet, welcher einem verdächtigen Individuum abgenommen wurde, und aller Wahrscheinlichkeit nach vom Diebstahle herrührt.

Der Eigenthümer desselben wird demnach aufgefordert, sich binnen Jahresfrist vom Tage der dritten Einschaltung dieses Ediktes so gewiß sich zu melden und sein Recht auf den Schlüssel nachzuweisen, widrigenfalls derselbe veräußert und der Kaufpreis an die Staatskasse zur Aufbewahrung abgeführt werden wird.

Tarnopol, am 9. Dezember 1863.

E d y k t.

Nr. 5631. C. k. sąd obwodowy w Tarnopolu w sprawach karnych niniejszem ogłasza, iż w depozycie takowego srebrna łyżka stołowa z cyfrą F. S. znajduje się, która od podejrzanego człowieka odebrana, prawdopodobnie z kradzieży pochodzi.

Wzywa się tedy właściciela tejże, aby w przeciągu roku od dnia trzeciego umieszczenia tego edyktu w dzienniku zgłosił się i prawo swoje do tej łyżki wykazał, w razie bowiem przeciwnym takowa się sprzeda, a cena ztąd uzyskana do kasy rządowej odda się.

Tarnopol, dnia 9. grudnia 1863.

(2274) **E d y k t.** (1)

Nr. 7977. C. k. sąd obwodowy Złoczowski Ignacemu Kruszelnickiemu, Kunegundzie z Kruszelnickich Dubieckiej, Tekli Maryi dw. im. z Kruszelnickich Alexandrowiczowej, Tadeuszowi Siemiginowskiemu, Józefowi Wierzbickiemu, Janowi Alexandrowiczowi, Janowi i Maryi małżonkom Wolańskim i Amalii z Kruszelnickich Dubieckiej, z życia i miejsca pobytu niewiadomym, a na przypadek ich śmierci, tychże z życia, nazwiska i miejsca pobytu niewiadomym spadkobiercom niniejszym edyktem wiadomo czyni, że przeciw nim Albert Matlachowski o ekstabulację ze stanu dłużnego części dóbr Dubie, prawo dożywocia dom. 42. pag. 72. n. 9. on. zainstabulowanego, wraz z odnośnymi pozycjami i naciężkami pozew wniósł i sądowej pomocy zawezwał, w skutek czego dzień sądowy na 1. lutego 1864 10ta godzinę przed południem wyznacza się.

Ponieważ miejsce pobytu zapozwanych jest niewiadome, więc c. k. sąd obwodowy przyznacza do ich zastępowania i na ich koszt i niebezpieczeństwo tutejszego pana adwokata Dr. Stanisława Skalkowskiego z zastępstwem przez p. adwokata Dra. Józefa Skalkowskiego za kuratora, z którym podana sprawa podług ustawy sądowej dla Galicyi przepisanej przeprowadzoną zostanie.

Tym edyktem wzywa się pozwanych, aby w stosownym czasie albo sami się stawili, albo potrzebne środki prawne postanowionemu zastępcy udzielili, albo też innego pełnomocnika sobie obrali i tegoż sądowi wskazali, szczególnie zaś, by się do obrony potrzebnych środków prawnych chwycili, gdyż skutki, które z ich opieszałości powstaną, sami sobie przypisać będą mieli.

Z rady c. k. sądu obwodowego.
Złoczów, dnia 2. grudnia 1863.

(2264)

Kundmachung.**Erkenntniß.**

Das k. k. m. schl. Oberlandesgericht hat mit dem Erkenntniße vom 27. September 1863 Zahl 9207 und 9250, bestätigt vom k. k. obersten Gerichtshofe unter dem 12. November 1863 Zahl 7902 zu Recht erkannt, daß der Inhalt des in der Nummer 100 vom 13. Dezember 1862 des in Olmütz erscheinenden Blattes „Moravan“ veröffentlichten Artikels: „Upadek nasich domácich cemesel a jeho puvod“ das Verbrechen der Störung öffentlicher Ruhe nach §. 65 lit. a. St. G. B. begründe und verbindet hiemit nach §. 36 des Gesetzes vom 17. Dezember 1862 Zahl 6 R. G. B. das Verbot der weiteren Verbreitung desselben.

Das k. k. Landesstraf- als Pressgericht in Prag hat mit Erkenntniß vom 7. Dezember l. J. gemäß §. 36 des Pressgesetzes das Verbot der weiteren Verbreitung der Nr. V. der in Prag erscheinenden Zeitschrift „humoristické listy“ vom Jahre 1863 VI. Jahrgang wegen des darin enthaltenen Vergehens nach §. 302 und 491 St. G., dann Artikel V. des Gesetzes vom 17. Dezember 1862 Nr. 8 R. G. B. ausgesprochen.

(2276)

G d i f t.

(1)

Nro. 50320. Vom Lemberger k. k. Landesgerichte werden die Inhaber folgender angeblich in Verlust gerathenen Obligazionen, als:

I. Oestgalizische Kriegsdarlehen-Obligazionen, lautend auf den Namen:

1. Zurakow, Unterthanen Stryjer Kreises, Nr. 15290 ddo. 3. Februar 1798 zu 5% über 3 fr. 35 $\frac{1}{8}$ fr.
2. Zurakow, Unterthanen Stryjer Kreises, Nr. 15265 ddo. 15. Oktober 1798 zu 5% über 3 f. 35 $\frac{1}{8}$ fr.
3. Zurakow, Rustikal Stryjer Kreises, Nr. 16002 ddo. 21. Oktober 1799 zu 5% über 3 f. 35 $\frac{1}{8}$ fr.; dann

II. oestgalizische Naturallieferungs-Obligazionen, lautend auf den Namen:

4. Bereznica, Unterthanen Stryjer Kreises, Nr. 923 ddo. 13. Februar 1794 zu 4% über 84 f. 30 fr.
5. Dorf Beresznica mit Zurakow, Unterthanen Stryjer Kreises, Nr. 306 ddo. 25. Februar 1795 zu 4% über 86 f. 59 $\frac{1}{8}$ r.
6. Bereznica und Zurakow, Unterthanen Stryjer Kreises, Nr. 292 ddo. 23. Jänner 1796 zu 4% über 88 f. 51 fr.
7. Bereznica mit Zurakow, Unterthanen Stryjer Kreises, Nr. 1618 ddo. 6. Dezember 1799 zu 4% über 74 f. 6 fr.
8. Gemeinde Bereznica mit Zurakow, Stryjer Kreises, Nr. $\frac{1075}{1000}$ ddo. 1. November 1829 zu 2% über 142 f. 58 $\frac{1}{8}$ fr.; hiemit aufgefordert, binnen Einem Jahre, 6 Wochen und 3 Tagen die obigen in Verlust gerathenen Obligazionen dem Gerichte vorzulegen und ihre Bestrechte darzuthun, widrigens dieselben für amortisirt erklärt werden würden.

Vom k. k. Landesgerichte.

Lemberg, am 30. November 1863.

(2262)

G d i f t.

(1)

Nro. 48637. Vom Lemberger k. k. Landes- als Handelsgerichte wird kundgemacht, daß am 16. November l. J. nachstehende Firmen in das Handelsregister für einzelne Firmen eingetragen wurden.

1) Adam Jakubowski für das Fleischer- und Würsternachergewerbe.

Firma-Inhaber Adam Jakubowski.

2) Wilhelm Penther für das Uhrmachergewerbe und Uhrenwaarenhandlung.

Firma-Inhaber Wilhelm Penther.

3) Osias Schmelkes für das Bierbräuereigewerbe.

Firma-Inhaber Osias Schmelkes.

4) Ferdinand Schie für eine gemischte Waarenhandlung.

Firma-Inhaber Ferdinand Schie.

Lemberg, am 28. November 1863.

(2260)

II. Einberufungs-Edikt.

(1)

Nro. 60323. Die nach Lemberg zuständigen Michael Hellmann, Tapezireur, und Hennoch Fränkel, Tagelöhnersohn, welche ungeachtet des Einberufungs-Ediktes vom 28. August 1862 Zahl 53177 aus dem Auslande in die Heimath nicht zurückgekehrt sind, werden zum zweiten Male hiemit aufgefordert, binnen 6 Monaten von der Einschaltung dieses Ediktes in das Amtsblatt der Lemberger Zeitung an gerechnet, zurückzukehren, und sich bezüglich ihrer unbefugten Abwesenheit bei der Zuständigkeitsbehörde zu rechtfertigen, widrigens gegen dieselben nach den Bestimmungen des a. h. Patentgesetzes vom 24. März 1832 vorgegangen werden wird.

Von der k. k. galiz. Statthalterei.

Lemberg, am 5. Dezember 1863.

(2269)

E d y k t.

(1)

Nr. 53218. C. k. sąd krajowy jako sąd handlowy we Lwowie uwiadamia niniejszym edyktem p. Onufrego Zbrozek, ze Abraham Kroch pod dniem 12. października 1863 do liczby 43001 wyniósł przeciw niemu skargę o zapłacenie sumy wekslowej 280 zł. w. a. z przynależnościami, i że z powodu tej skargi, gdy nie jest wiadome miejsce pobytu i zamieszkanie pozwanego, jak skarżący twierdzi, ustanowionym został kuratorem p. adwokat dr. Czemyryński, dla niego i na jego koszt i niebezpieczeństwo. Ostrzegacie więc pozwanego, że ma albo temuż samemu kuratorowi, któremu nakaz zapłacenia rzeczony sumy wekslowej pod jednym doreczony został, dać stosowne objaśnienia o tej sprawie i obronie, albo też innego zastępcę prawnego sobie ustanowić, i o tem tutejszemu sądowi donieść.

Lwów, dnia 19. grudnia 1863.

(2277)

Obwieszczenie.

(1)

W kancelaryi urzędu zastawniczego Lwowskiego ormiańskiego „Pii Montis“ odbędzie się na dniu 25. stycznia 1864 r. publiczna licytacya, na której zaległe klejnoty, srebro i inne fanty sprzedawane będą.

Anzeige - Blatt.**Doniesienia prywatne.****O g l o s z e n i e.**

Dyrekeya Towarzystwa Przyjaciół sztuk pięknych w Krakowie zawiadamia szanownych panów Artystów, że Wystawa sztuki malarstwa, rzeźbiarstwa i architektury na rok 1864 otwartą zostanie z dniem **14. Marca** w lokalu towarzystwa przy ulicy Brackiej, w domu Barona Larissa. Trwać będzie miesiący dwa. Dyrekeya wzywając uprzejmie panów artystów, by ze swemi dziełami na tę wystawę pospieszyć nie omieszkali, prosi zarazem, ażeby takowe nadesłać raczyli przed 15. lutego pod adresem:

Na wystawę sztuk pięknych w Krakowie.

Przesyłkę Dyrekeya przyjmuje na koszt Towarzystwa, z tem atoli zastrzeżeniem, że paki mają być oddawane na zwykłe pociągi lub wozy towarowe; ktoby zaś je chciał przesłać pociągami osobowemi, pospiesznymi lub przez pocztę, sam winien opłacić, chyba że paczka niewiele waży i tylko pocztą może być przesłana, w takim razie Dyrekeya ponosi koszta transportowe. Przesyłki spóźnione, nadchodzące na dwa tygodnie przed zamknięciem Wystawy, przesyłający sam opłaci.

Kraków, dnia 5. grudnia 1863 r.

(2202—3)

(2246—2)

S t a n

Towarzystwa wzajemnych ubezpieczeń od ognia w Krakowie dnia 31. października 1863 r. *)

Przeniesienie wartości zabezpieczonych z r. 1862 . . . 33,813.877 zł.—kr.
Od 1. maja do 31. października 1863 wydano po straceniu ubezpieczeń unieważnionych lub przepisanych (storna) polic sztuk 13514 w wartości zabezpieczonej . . . 36;904.589 zł.—kr. 70,718.466 zł.—kr.
Za powyższe ubezpieczenia zbrano zaliczki z przeniesienia z r. 1862 na pokrycie przeniesionych wartości 33.813.876 zł. 115.725 zł. 63 kr.

Zaliczki za wartości zabezpieczone	36.904.589 zł. . .	326.201 zł. 68 kr.	441.927 zł. 31 kr.
Przeniesiony fundusz rezerwowy z r. 1862		91.545 zł. 71 kr.	
Na fundusz rezerwowo zbrano na pierwsze półrocze 1863 r.		43.817 zł. 52 kr.	135.363 zł. 23 kr.
Wyplacono wynagrodzeń za szkody od 1. maja do 1. października 1863 r.			193.569 zł. 33 kr.

H. Wodzicki. W. Biesiadecki H. Kieszkowski.

E. Kaudler,
szef rachunkowości.

*) W przeszłych latach podawany był stan Towarzystwa z dniem 24. listopada. Obecny stosownie do polecenia rady nadzorczej, jest wyciągiem z półrocznych rachunków z dniem 31. października r. b. zamkniętych.